Bericht aus der Bundeshaus

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **171 (2005)**

Heft 5

PDF erstellt am: **29.03.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Rüstungsprogramm 2004 – parlamentarisches Ping Pong

Am Donnerstag, 17. März 2005, morgens, ist das Rüstungsprogramm 2004 (RP 04) **bachab** geschickt worden. Es scheiterte am Widerstand des Nationalrates gegen die beiden Transportflugzeuge. Die **Einigungskonferenz** hatte sich am frühen Morgen mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung für die Ständeratsversion mit den beiden Transportflugzeugen ausgesprochen.

Es ist das **erste Mal** seit der Gründung als Bundesstaat, dass in der Schweiz ein Rüstungsprogramm nicht genehmigt worden ist.

Ausgangslage

Der Bundesrat hat am 26. Mai 2004 das RP 04 zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet. Das RP 04 hat **Verpflichtungskredite** von total **647 Mio. Franken** enthalten. Damit sollte folgendes **Material** beschafft werden:

- Integration Data Link in Florako (268 Mio. Franken)
- Betriebsstoff-Betankungs-Container (11 Mio. Franken)
- Ballistischer Helm (35 Mio. Franken)
- Genie- und Minenräumpanzer (129 Mio. Franken)
- Transportflugzeuge (109 Mio. Franken)
- Simulationsunterstützung für Gefechtsübungen (SIMUG; 95 Mio. Franken)

Politische Beratungen

Das RP 04 wurde in der Zeit von September 2004 bis März 2005 von den beiden Sicherheitspolitischen Kommissionen sowie von Nationalrat und Ständerat beraten. Da beide Kammern die Differenz (Beschaffung von zwei Transportflugzeugen) nicht ausräumen konnten, musste in der Frühjahrssession 2005 eine **Einigungskonferenz** einberufen worden. Der Genie- und Minenräumpanzer war schon in der Anfangsphase der politischen Beratungen chancenlos gewesen.

Einsetzung und Aufgabe der Einigungskonferenz

Bestehen nach **drei Detailberatungen** in jedem Rat Differenzen, wird eine Einigungskonferenz eingesetzt. Die Einigungskonferenz hat im Rahmen der verbleibenden Differenzen eine **Verständigungslösung** zu suchen. Sie hat die Aufgabe, einen **Einigungsantrag** zu stellen, der alle verbliebenen Differenzen gesamthaft bereinigt. Auf Fragen, über welche es eine Einigung gibt, kann sie nicht zurückkommen. Dies ist nur dann möglich, wenn sie damit materielle Lücken, Unklarheiten oder Widersprüche beseitigen will.

Die Einigungskonferenz zur Diskussion der Beschaffung von zwei Transportflugzeugen und Antragsstellung fand am 17. März 2005 statt.

Zusammensetzung und Vorsitz

Die Einigungskonferenz setzt sich zusammen aus 13 Mitgliedern der ständerätlichen Kommission und 13 Mitgliedern der nationalrätlichen Kommission. Die Zusammensetzung der nationalrätlichen Kommission richtet sich nach der Stärke der Fraktionen im Rat. Verteilschlüssel: SVP: 4, SP: 3, FDP: 3, CVP: 2, Grüne: 1. Falls die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter nicht Mitglieder der Einigungskonferenz sind, müssen neue bestimmt werden.

Den **Vorsitz** führt die Kommissionspräsidentin oder der Kommissionspräsident des Prioritätsrates (im vorliegenden Fall des Ständerates).

Die Einigungskonferenz setzte sich wie folgt zusammen:

Mitglieder des Ständerates

Theo Maissen (CVP/GR; Vorsitz), Hans Altherr (FDP/A.-Rh.), Madeleine Amgwerd (CVP/JU), Michel Béguelin (SP/VD), Peter Bieri (CVP/ZG), Hermann Bürgi (SVP/TG), Pierre-Alain Gentil (SP/JU), Hans Hess (FDP/OW), Alex Kuprecht (SVP/SZ), Christiane Langenberger (FDP/VD), Helen Leumann-Würsch (FDP/LU), Maximilian Reimann (SVP/AG) und Urs Schwaller (CVP/FR).

Mitglieder des Nationalrates

Roland Borer (SVP/SO), Jakob Büchler (CVP/SG), André Bugnon (SVP/VD), Didier Burkhalter (FDP/NE), Edi Engelberger (FDP/NW), Valérie Garbani (SP/NE), Paul Günter (SP/GL), Josef Lang (GP/ZG), Arthur Loepfe (CVP/I.-Rh.), Werner Marti (SP/GL), Christian Miesch (SVP/BL), Fritz Abraham Oehrli (SVP/BE) und Kurt Wasserfallen (FDP/BE).

Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Mehrheit der Mitglieder jeder der beiden Kommissionen muss anwesend sein (je 7 Mitglieder). Die Beschlussfähigkeit muss **ausdrücklich** festgestellt werden.

Chronologie der Behandlung des RP 04

Vorparlamentarische Phase

26.5.04	Verabschiedung durch den Bundesrat

Ordentliche parlamentarische Phase

2.9.04	Die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates **(SiK-S)** stimmt dem RP 04 mit 8 zu 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen zu, will jedoch auf die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern (129 Mio. Franken) vorerst verzichten. Gleichzeitig reicht die SiK-S unter dem Titel «Armee XXI. Umfang der Mittelausstattung der Aufwuchskerne Verteidigung» eine **Kommissionsmotion** ein. Damit wird der Bunderat beauftragt, den SiK beider Räte rasch einen Bericht zu unterbreiten, der es ermöglicht, im Rahmen des Armeeleitbildes eine Grundsatzdiskussion zu führen über die Gewichtung der Armeeaufträge und daraus abgeleitet über den notwendigen Umfang der Mittelausstattung der Aufwuchskerne Verteidigung. Die Frage der Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern, gegen deren Beschaffung sich die SiK-S ausgesprochen hat, soll in diesem Zusammenhang diskutiert werden.
5.10.04	Der **Ständerat** folgt dem Antrag seiner Kommission (Verzicht auf die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern) und stimmt mit 41 Stimmen einem RP 04 von 518 Mio. Franken zu. Zudem beschliesst der Ständerat, die **Kommissionsmotion anzunehmen.**
2.11.04	Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates **(SiK-N)** stimmt der Variante des Ständerates (RP 04 von 518 Mio. Franken) mit 17 zu 3 Stimmen bei 5 Enthaltungen zu.
2./16.12.04	Der **Nationalrat** beschliesst mit 119 zu 54 Stimmen bei 13 Enthaltungen, sowohl auf die Beschaffung von Genie- und Minenräumpanzern als auch auf die Beschaffung der beiden Transportflugzeuge zu verzichten (RP 04 von 409 Mio. Franken). Damit wird eine **Differenz** (Transportflugzeuge) zum Ständerat geschaffen, die zu bereinigen ist. Zusätzlich **lehnt** die grosse Kammer die **Motion der SiK-S** zu «Armee XXI. Umfang der Mittelausstattung der Aufwuchskerne Verteidigung» **ab.** Damit ist der Vorstoss vom Tisch.

Phase der Differenzbereinigung

28.1.05	Die **SiK-S** hält mit 9 zu 1 Stimmen bei 1 Enthaltung an ihrem positiven Entscheid zu den Transportflugzeugen fest.
28.2.05	Auch der **Ständerat** bestätigt mit 37 zu 3 Stimmen seinen Entscheid vom 5. Oktober 2005.
03.3.05	Die **SiK-N** unterstützt den Beschluss des Ständerates mit 14 zu 9 Stimmen bei 1 Enthaltung.
7./8.3.05	Entgegen dem Antrag seiner Kommission lehnt der **Nationalrat** die Beschaffung der beiden Transportflugzeuge mit 91 zu 79 Stimmen bei 5 Enthaltungen zum zweiten Mal ab.
09.3.05	Die **SiK-S** hält mit 9 zu 2 Stimmen an der Differenz fest.
10.3.05	Der **Ständerat** weicht von seiner Linie nicht ab.
14.3.05	Wiederum stützt die **SiK-N** mit 13 zu 10 Stimmen bei 1 Enthaltung den Entscheid des Ständerates. Der **Nationalrat** lehnt mit 99 zu 81 Stimmen bei 5 Enthaltungen die Transportflugzeuge zum dritten Mal ab.

17.3.05 Die **Einigungskonferenz** empfiehlt den beiden Kammern mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung, der Version des Ständerates zu folgen und der Flugzeugbeschaffung zuzustimmen.
Der **Ständerat** stimmt dem Einigungsantrag einstimmig zu.
Hingegen lehnt der **Nationalrat** die Empfehlung der Einigungskonferenz mit 97 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab. Damit wird das ganze RP 04 zurückgewiesen.

Beschlussfassung

Ein **Einigungsantrag** muss mit der Mehrheit der stimmenden Mitglieder der Konferenz angenommen werden. Es handelt sich um das **einfache Mehr** der Stimmenden. Der **Präsident** hat das gleiche Stimmrecht wie die übrigen Mitglieder. Bei Stimmengleichheit hat er den **Stichentscheid** zu geben.

Die Einigungskonferenz empfahl mit 14 zu 11 Stimmen bei 1 Enthaltung den beiden Kammern, der Beschaffung von zwei Transportflugzeugen **zuzustimmen.**

Behandlung im Plenum

Der Einigungsantrag wird zuerst im Prioritätsrat diskutiert und geht, nachdem dieser Rat Beschluss gefasst hat, an den anderen Rat. Die Behandlung im Rat ist auf den Einigungsantrag beschränkt. Es gibt **keine** Anträge von Minderheiten oder Einzelanträge.

Mögliche Beschlüsse des Plenums

a. Annahme des Einigungsantrages in beiden Räten;
b. Ablehnung.

Wird der Einigungsantrag in einem oder in beiden Räten verworfen, so gilt die **ganze Vorlage** als **nicht zustande gekommen** und wird von der Geschäftsliste gestrichen.

Nach kurzer Debatte hat der **Ständerat** am 17. März 2005 einstimmig beschlossen, die beiden Transportflugzeuge zur Beschaffung **freizugeben.** Hingegen hat der **Nationalrat** die Empfehlung der Einigungskonferenz mit 97 zu 82 Stimmen bei 6 Enthaltungen **abgelehnt.** Damit wurde nicht nur die Beschaffung der beiden Transportflugzeuge verhindert, sondern auch das ganze RP 04 **zurückgewiesen.** Daran vermochten auch die Plädoyers der Nationalräte Fulvio Pelli (FDP/TI) und Arthur Loepfe (CVP/I.-Rh.) sowie von Bundespräsident Samuel Schmid nichts zu ändern. Die Argumente der Gegner aus dem Lager der SVP, der SP und der Grünen überwogen.

Motionen zum Rüstungsprogramm 2004

Nach den Abstimmungen im Nationalrat und Ständerat haben die Fraktion SVP, Nationalrat Kurt Wasserfallen (FDP/BE) und Ständerat Theo Maissen (CVP/GR) **Motionen** zum RP 04 eingereicht. Damit wird der Bundesrat aufgefordert, dem Parlament unverzüglich ein **reduziertes** Rüstungsprogramm von 409 Mio. Franken mit den **unbestrittenen** Beschaffungen (Integration Data Link in Florako, Betriebsstoff-Betankungs-Container, ballistischer Helm sowie Simulationsunterstützung für Gefechtsübungen) zu unterbreiten. Mittels **Sonderverfahren** sollen diese sowie das angepasste Rüstungsprogramm (04) in der **Sommersession 2005** in beiden Räten behandelt werden.

Jahresbericht 2004 des Bundesrates über die Teilnahme der Schweiz am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und an der Partnerschaft für den Frieden

Der Bundesrat hat im April 2005 den **Jahresbericht 2004,** der einen **Überblick** über Aktivitäten und thematische Schwerpunkte der Schweiz in der Partnerschaft für den Frieden (PfP) gibt, **gutgeheissen.**

Die **Schweiz** nutzt die Partnerschaft als ein **Instrument,** um ihre sicherheitspolitische Strategie umzusetzen. Die Partnerschaft bietet die Möglichkeit für eine selektive, von eigenen Interessen bestimmte **Kooperation.** Unser Land kann dabei **Art und Ausmass** ihrer Beteiligung selber bestimmen und gerät damit nicht in Konflikt mit der **Neutralität.**

Die Schweiz steht vor denselben sicherheitspolitischen Herausforderungen wie ihre Partner und befindet sich wie alle europäischen Staaten in einem sicherheitspolitischen **Reformprozess.** Durch den **Dialog** mit ihren Partnern kann die Schweiz Erkenntnisse für die **Weiterentwicklung** ihrer Sicherheitspolitik und die **Modernisierung** der Armee gewinnen. Aus aussenpolitischer Sicht stellen die Schweizer Beiträge im Rahmen der Partnerschaft einen wichtigen Beitrag zur **Stärkung** der bilateralen Beziehungen zu ausgewählten Staaten dar.

Die Beteiligung an der Partnerschaft hatte 2004 **Kosten** im Gesamtbetrag von 3 992 023 Franken zur Folge, von denen 3 541 730 auf das VBS und 450 294 Franken auf das EDA entfielen.

Angebote der Schweiz

Unser Land **unterstützt** die Ausrichtung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf **aktuelle** Bedrohungen. Sie hat 2004 ihren Partnern mehrere Veranstaltungen im Bereich der **neuen Bedrohungen** angeboten. Daneben legte die Schweiz das Schwergewicht ihrer Teilnahme weiterhin auf die **Förderung** der Zusammenarbeitsfähigkeit in friedensunterstützenden Einsätzen und in der **Unterstützung** humanitärer Hilfeleistungen sowie auf Beiträge zur Förderung regionaler Sicherheit und Stabilität.

Aus der Fülle von Ausbildungsangeboten und Unterstützungsprogrammen nachfolgend eine **unvollständige** Zusammenfassung der Tätigkeiten der **drei Genfer Zentren**.

■ Das Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP)

Das Kursangebot des GCSP umfasste den neunmonatigen internationalen Ausbildungskurs in Sicherheitspolitik, den dreimonatigen Ausbildungskurs in europäischer Sicherheitspolitik und den zweimonatigen Ausbildungskurs in neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen, die alle auch den Partnerstaaten angeboten werden. Das GCSP erarbeitete in Zusammenarbeit mit dem ISN einen E-Learning-Kurs über die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der u. a. vom NATO Defense College im Unterricht verwendet wird. Er beherbergte ausserdem einen Workshop zu «Curriculum Development on Combating Trafficking in Human Beings».

■ Das Internationale Zentrum für Humanitäre Minenräumung in Genf (GICHD)

Das GICHD fokussierte seine Aktivitäten auf die operationelle Unterstützung laufender Entminungsaktivitäten, auf ausgewählte Forschungsgebiete sowie auf die Förderung der Umsetzung der Ottawa-Konvention. Es führte zahlreiche Ausbildungskurse durch, einzelne davon auch im Rahmen der Partnerschaft. Der erneut im PfP-Rahmen durchgeführte Kurs «Introduction to Mine Action» stiess auf besonders grosse Nachfrage.

■ Das Genfer Zentrum für die Demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF)

Das DCAF arbeitete in der Ukraine in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium, dem nationalen Sicherheitsrat, dem Parlament und anderen Institutionen an einem Zielplan für die Reform des nationalen Sicherheitssektors. Das DCAF-Handbuch über die parlamentarische Kontrolle des Sicherheitssektors wurde bislang in 22 Sprachen übersetzt; weitere Übersetzungen sind geplant. Das Handbuch ist ein Basisdokument für alle Staaten, die von der NATO und anderen Partnerstaaten im Aufbau ihrer Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen unterstützt werden. Jede neue Ausgabe wird mit einem Seminar verbunden, an dem das Buch Parlamentariern, Sicherheitsexperten, Medienleuten und Nicht-Regierungsorganisationen vorgestellt wird. In Georgien, Russland und der Ukraine wurden in Zusammenarbeit mit den jeweiligen parlamentarischen Verteidigungskomitees Gesetzessammlungen über den Sicherheitssektor initiiert, kommentiert und veröffentlicht. Auf Einladung der NATO wirkt DCAF im internationalen «Border Guards Assessment Team» zu Gunsten der Ukraine mit und übernahm dessen Leitung. DCAF organisierte zudem im Auftrag des VBS und des EDA das «International Security Forum» (ISF), eine sicherheitspolitische Konferenz, die alle zwei Jahre in der Schweiz stattfindet.

■ Das **DCAF** und das **GCSP** waren – ebenfalls als Beitrag der Schweiz an die Partnerschaft – weiterhin im «PfP Consortium of Defense Academies and Security Studies Institutes» engagiert. Das PfP Consortium vereinigt sicherheitspolitische Ausbildungs- und Forschungsstätten aus dem euroatlantischen Raum, mit dem Ziel, die sicherheitspolitische Zusammenarbeit in der Forschung und Lehre zu intensivieren. Das DCAF leitet im Rahmen des Consortiums den Themenbereich Sicherheitssektorreform («Working Group on Security Sector Reform»), das GCSP den Bereich Lerninhaltentwicklung («Working Group on Curriculum Development»). ■